

An den Bürgermeister der Stadt Rheinbach
An den Rat der Stadt Rheinbach

Rheinbach, den 16.12.2019

Bürgerantrag gemäß § 24 Abs. 1 der Gemeindeordnung Nordrhein- Westfalen

Betreff: Illegale Müllentsorgung & „Littering“

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,

als Bürger der Stadt Rheinbach bitte ich Sie, folgenden Antrag auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung des Rheinbacher Stadtrates zu setzen:

Antrag:

Der Stadtrat möge beschließen, dass die Bußgelder für die Ordnungswidrigkeiten der illegalen Müllentsorgung und des achtlosen Wegwerfens von Müll („Littering“) deutlich erhöht werden – je nach Schwere und Menge z.B. auf 25, 50 oder 100 €.

Hintergrund und Begründung:

1. Die Stadt Rheinbach ist in den letzten Jahren dreckiger geworden. Dies ist nicht nur der Eindruck vieler Bürger, sondern wird auch bestätigt durch die RSAG, die jährlich mehr „öffentlichen“ Müll aus Rheinbach (durch den Betriebshof eingesammelt) erhält und schon eine Strafzahlung in Aussicht gestellt hat, falls dieser Trend anhält.
2. Teile des weggeworfenen Mülls (z.B. Zigarettenkippen) enthalten giftige Substanzen (Arsen, Cadmium, Blei, Chrom, Kupfer, etc.), die u.a. zu Grundwasserverschmutzungen führen. Ein großer Teil des Mülls besteht zudem aus Kunststoff, welcher z.T. in Mikroplastik zerfällt und über die Bäche ins Meer gelangt, mit den bekannten Umweltfolgen.
3. Der Müll schadet dem Image der Stadt und passt nicht zum Bild einer freundlichen, modernen Stadt, die sich gerade ausdrücklich zum Umweltschutz bekannt hat.
4. Er verursacht zudem Kosten, die von der Allgemeinheit zu zahlen sind, aber vor einzelnen verursacht werden.
5. Fazit: Das achtlose Wegwerfen von Müll ist (nicht nur in Rheinbach, sondern in ganz Deutschland) zu einer Un-Kultur geworden, deren Folgen und Kosten sich einige Bürger nicht bewusst sind oder sein wollen.
6. Diesem Trend muss dringend etwas entgegengesetzt werden. Die Verschärfung der Strafen für das illegale Wegwerfen von Müll soll eine Maßnahme sein, dieses Ziel zu erreichen und eine Bewusstseinsänderung herbeizuführen. Denn nur klare Regeln und spürbare Strafen sind dazu geeignet, deutlich zu machen, dass dieses Verhalten schädlich und nicht akzeptabel ist. Nur so kann die Stadt klarmachen, dass Sauberkeit und umweltgerechtes Verhalten ein wichtiger Wert ist.

Mit dem Ratsbeschluss sollte unbedingt eine Aufklärungskampagne einhergehen, die eine Bekanntmachung und Begründung der neuen Regeln enthält. Gleichzeitig sollten weitere flankierende Maßnahmen diskutiert und ggf. beschlossen werden, wie z.B.: Erinnerung an die Pflicht aller Bürger und Gewerbetreibenden, für Sauberkeit im Umfeld zu sorgen / Aufstellung von mehr und größeren Papierkörben durch die Stadt / Bildung einer Bürgergruppe, die regelmäßig Müll einsammelt. Ebenfalls ist zu überlegen, wie eine Einhaltung der neuen Regeln gewährleistet werden kann.

Mit freundlichen Grüßen